

x Berner Zeitung Stadt und Region	86.838
x Berner Zeitung Oberaargau	16.507
x Berner Zeitung Emmental	31.304
x Thuner Tagblatt	19.097
x Berner Oberländer	30.897

IMPORT VON SCHÄCHTFLEISCH

Couchepins Deal ist nicht wasserdicht

Das Schächtverbot bleibt. Dafür soll der Import von Schächtfleisch gesetzlich garantiert werden. Diesen Deal zwischen Pascal Couchepin und dem SIG könnten die Tierschützer unterlaufen.

◆ **David Sieber und Karin Burkhalter**

Der Aufschrei der Empörung war gross und wollte nicht mehr enden. Bundesrat Pascal Couchepin sah vor, die Revision des Tierschutzgesetzes zu nutzen, um das Schächtverbot zu lockern. Damit sollte Juden und Moslems, die aus Glaubensgründen nur Koscher- und Halalfleisch essen dürfen, die volle Religionsfreiheit zugestanden werden. Jetzt ist Couchepin in Absprache mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) auf den Entscheid zurückgekommen. Das Schächtverbot soll bleiben, dafür will der Volkswirtschaftsminister die heute geltende Importregelung gesetzlich verankern.

«Aussichtslose Sache»

Rund 495 Tonnen Rindfleisch und 30 Tonnen Schafffleisch werden jährlich aus dem Ausland eingeführt. Diese Menge deckt den Bedarf an Koscher- und Halalfleisch der gegen 3000 strenggläubigen Juden und 200'000 Moslems mehr als ab. Ein beträchtlicher Teil gelangt als normal geschlachtetes Fleisch in die Auslagen der Metzgereien.

Der SIG gibt sich nun mit dem Erhalt des Status quo zufrieden. Auch wenn die religiöse Diskriminierung bestehen bleibe, habe man sich zu diesem Schritt entschlossen, wie Präsident Alfred Donath auf Anfrage erklärte.

Man habe eingesehen, dass der Kampf für eine Lockerung des Schächtverbotes «eine aussichtslose Sache» sei. Die Diskussion hätte zudem noch mehr Ausarten können. «Es hätte für uns Juden schwierig werden können.»

Doch schwierig kann es immer noch werden. Denn die im Januar lancierte Initiative des Schweizer Tierschutzes (STS) hält unmissverständlich fest: «Tiere und tierische Erzeugnisse dürfen nur in die Schweiz eingeführt werden, wenn ihre Haltung bzw. Herstellung im Ausland nicht gegen die Grundsätze der eidgenössischen Tierschutzgesetzgebung verstösst.» Für Donath ist klar, dass darunter auch das Schächtfleisch fällt. Davon ist auch SP-Pressesprecher Jean-Philippe Jeannerat überzeugt. Seine Partei werde sich aber «gegen jegliche Einschränkung der Importgarantie zur Wehr setzen». Auch die drei bürgerlichen Bundesratsparteien sind auf dieser Linie, haben sie doch Couchepins Deal gestern ausdrücklich begrüsst.

Kein Rückzug

Der STS selbst verhält sich widersprüchlich. Bei der Präsentation der Initiative im Januar nannte Präsident Heinz Lienhard ein Importverbot noch «konsequent». Nun erklärt Geschäftsführer Hans-Ulrich Huber, welche Produkte importiert werden können, sei Sache des Gesetzgebers. «Wir werden den Import nicht aktiv bekämpfen», sagte Huber auf Anfrage, allerdings werde man sich dafür einsetzen, dass auch im Ausland das Schächten verboten werde.

Ein Rückzug der Initiative, wie von FDP und SP gefordert, kommt für Huber nicht in Frage. Die Revision des 25 Jahre alten

Tierschutzgesetzes sei völlig ungenügend, weil das Tierschutzniveau nicht angehoben werden soll. «Die Zeit ist gekommen, um den Schutz zu erhöhen», erklärte Huber. Konkret fordert die Initiative unter anderem die Einführung von Tieranwälden, eine bedürfnisgerechte Tierhaltung, eine Einschränkung der Tiertransporte und das Verbot von Qualzuchten. Den Tieren soll «ein Recht auf Leben» eingeräumt werden.

Dass der STS «von seinem Standpunkt aus den Import verbieten will, kann ich verstehen»,

meinte Donath, der enttäuscht ist, dass in der Schweiz das Tierrecht mehr gilt als die Religionsfreiheit. Doch für die Gläubigen wäre dies verheerend. Donath würde deshalb eine Verschärfung des Tierschutzgesetzes begrüssen, wenn dadurch die Initiative zurückgezogen werden könnte. Als nächstes ist der Bundesrat gefragt und dann das Parlament. An den Parteien, die den Verzicht auf die Lockerung des Schächtverbots einen «pragmatischen Entscheid» nennen, ist es dann, den Tatbeweis zu liefern. So könnte auch die Befürchtung von Antoine F. Goetschel von der Stiftung Recht im Tier zerstreut werden. Dass nämlich der Wirbel um das Schächtverbot die Diskussion um einen verbesserten Tierschutz auf ein «Nebengleis gelenkt hat». ◆

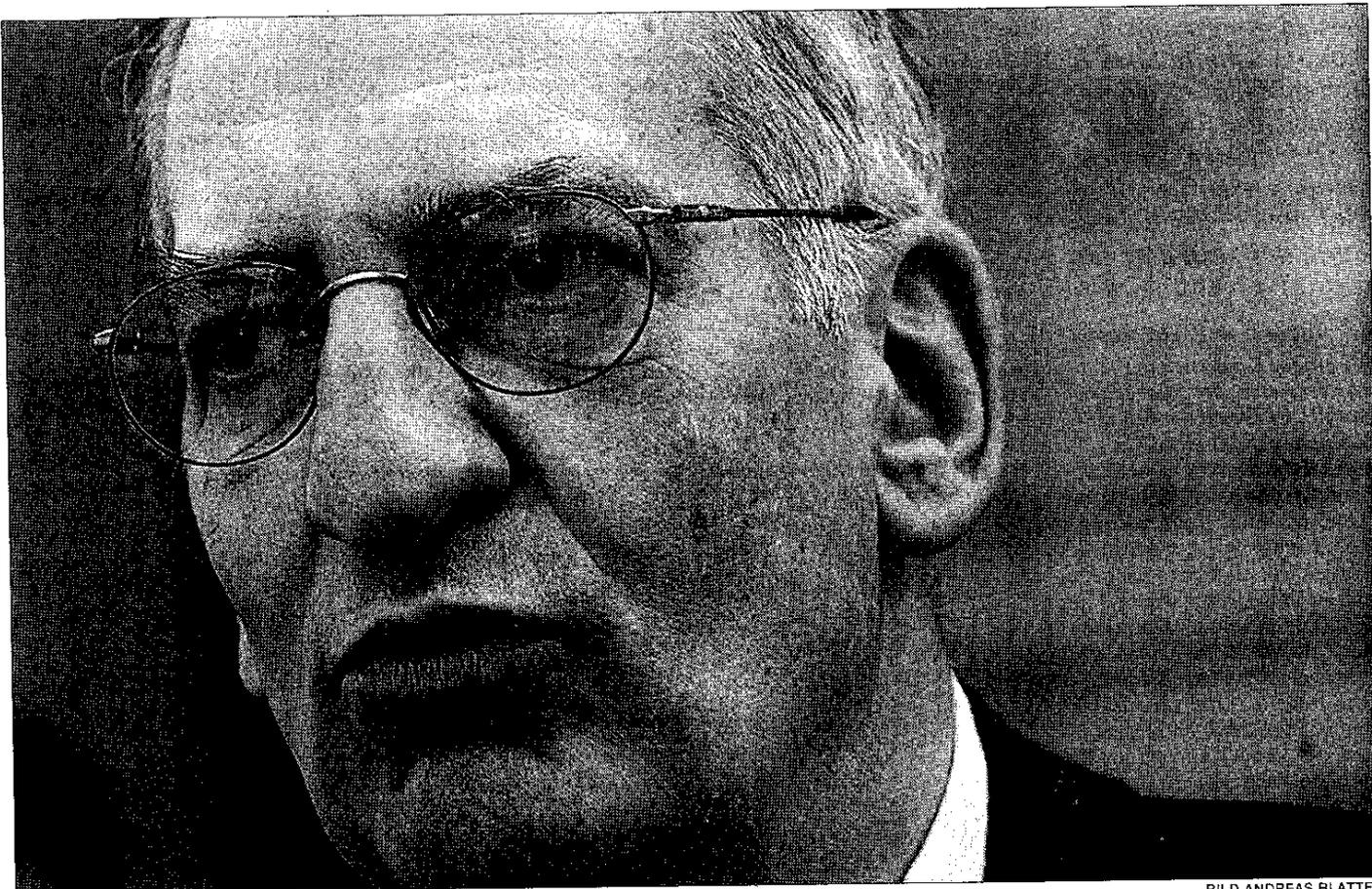


BILD ANDREAS BLATTER

Bundesrat Pascal Couchepin hat wegen der geplanten Lockerung des Schächtverbotes eine Woge der Empörung ausgelöst und muss nun trotz seines Zurücktreibens fürchten, von den Tierschützern weiter in die Enge getrieben zu werden.

«Ich bin der jüdischen Gemeinschaft dankbar»

Für Bundesrat Pascal Couchepin ist die Importgarantie für Schächtfleisch eine pragmatische Lösung.

◆ **Interview: David Sieber**

Weshalb sind Sie von Ihrer Haltung, die Religionsfreiheit höher zu gewichten als das Tierrecht, abgerückt?

Bundesrat Pascal Couchepin: Die Religionsfreiheit ist noch immer höher zu gewichten. Aber sie garantiert nur, dass die Gläubigen rituell geschlachtetes

Fleisch konsumieren können. Und das können sie mit der von uns gefundenen Lösung, bei welcher der Import gesetzlich verankert wird.

Haben Sie den Druck der Öffentlichkeit unterschätzt?

Sicher nicht. Ich wusste, dass es eine gewisse Spannung geben könnte. Aber eine Vernehmlassung ist dazu da, in den interessierten Kreisen die Stimmung zu spüren.

Weshalb haben Sie sich überhaupt auf das Wagnis

Lockerung des Schächtverbots eingelassen?

Wenn man akzeptiert, dass Koscher- und Halalfleisch produziert wird, warum soll es dann nicht auch in der Schweiz hergestellt werden?

Hat die teils gehässige und sehr emotionale Debatte den Juden in der Schweiz geschadet? Haben Antisemiten Auftrieb erhalten?

Sicher nicht. Aber ich bin der jüdischen Gemeinschaft dankbar, dass sie Hand geboten hat für diese pragmatische Lösung. ◆